

Zur Unterzeichnung des „Bündnisses für Wohnen Brandenburg“ am 16. März 2017

BBU: Bündnis ist guter Schritt für Wohnoffensive für Brandenburg

(Potsdam, 16. März 2017) **Brandenburgs Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung, Kathrin Schneider, unterzeichnete heute in Potsdam gemeinsam mit Maren Kern, Vorstand des BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V., und weiteren Vertreterinnen und Vertretern von Fach- und Kommunalverbänden das „Bündnis für Wohnen im Land Brandenburg“. Der BBU gehörte im Oktober 2016 zu den Erstunterzeichnern einer entsprechenden Absichtserklärung.**

Zur Unterzeichnung erklärt **BBU-Vorstand Maren Kern**: „Das Bündnis stellt das gute und bezahlbare Wohnen im Land in den Vordergrund. Das Berliner Umland und der weitere Metropolenraum stehen dabei vor völlig unterschiedlichen Herausforderungen. Während auf der einen Seite Neubau notwendig ist, prägt auf der anderen Seite vielfach weiterhin Wohnungsleerstand das Bild. Das Bündnis ist ein wichtiger Schritt für die von uns geforderte Wohnoffensive für Brandenburg. Hierzu haben wir heute eine breite Basis und eine effiziente Arbeitsstruktur verabredet.“

Im Bündnis kooperieren Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Kommunalverbände und der Landespolitik mit dem Ziel, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wie ausreichend bezahlbarer, barrierefreier und energieeffizienter Wohnraum in Brandenburg zur Verfügung gestellt werden kann.

Drei Wünsche der Wohnungswirtschaft

Der BBU verbindet die Unterzeichnung der Partnerschaft mit drei Erwartungen, die sich aus der unterschiedlichen Situation der Brandenburger Städte und Gemeinden ableiten. Maren Kern sagte dazu: „Wichtig ist für uns eine Flexibilisierung der Förderung. Sie muss immer die Lage in den jeweiligen Städten im Blick haben. Maßanzüge statt Stangenware muss hier der Leitspruch sein. Wichtig ist außerdem zweitens die gemeinsame Stärkung der Städte zweiten Reihe und des weiteren Metropolenraums, damit das Wachstum besser verteilt werden kann. Hierzu sind weitere Maßnahmen zum Infrastrukturausbau und ein länderübergreifendes Stadtmarketing wichtig und nötig. Und drittens brauchen wir eine Wohnkosten-Folgenabschätzung für Gesetze und Verordnungen.“

Wohnungsunternehmen fordern bessere Taktung im Nah- und Regionalverkehr

In einer Umfrage unter den märkischen BBU-Mitgliedsunternehmen im Juli 2016 bewerteten nur 32 Prozent der Wohnungsunternehmen im weiteren Metropolenraum ihre Verkehrsanbindung als gut. Gleichzeitig wünschten sich rund 82 Prozent eine verbesserte und auch gleichmäßigere Taktung. Wichtig dafür seien vor allem verbesserte Angebote am Abend und am Wochenende.